



Medienmitteilung

Zürich, 24. November 2022

Beschlüsse der Kommissionen

FIKO: Beitrag für Auftritt des Kantons an der OLMA 2023 soll genehmigt werden

Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, einen Beitrag von 1,682 Millionen Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds an die Staatskanzlei für den Auftritt des Kantons Zürich als Gastkanton an der OLMA 2023 in St. Gallen zu genehmigen ([5857](#)). An der grössten Publikumsmesse der Schweiz wird sich der Kanton unter anderem mit der Sonderschau «Familie Zürchers Garten» präsentieren. Dabei handelt es sich um eine rund 1000 Quadratmeter grosse Gartenlandschaft mit vier Abteilen, die einen Einblick in den Lebens- und Wirtschaftsraum Zürich geben. Auf einem «Marktplatz» in der Mitte gibt es ein kleines Bistro und wechselnde Attraktionen. Der Auftritt umfasst zudem eine Tieraussstellung und eine Tierschau, die den standardmässigen Vorgaben der OLMA folgen, ein Restaurant mit Zürcher Spezialitäten sowie den Umzug und den Festakt am Tag des Gastkantons.

FIKO-Präsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50a

STGK: Knappe Mehrheit für Ergänzungsbericht zu LGBTI-Postulat

Die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, einen Ergänzungsbericht zum Postulat betreffend «Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen» zu verlangen ([5770](#)). Darin soll innert sechs Monaten ein konkreter Massnahmenplan erstellt werden, der eine höhere Verbindlichkeit bei der Umsetzung der Massnahmen bezwecken soll. Die Kommissionsmehrheit aus SP, GLP, Grünen und EVP folgert unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Fachorganisationen, dass die beiden Sensibilisierungslektionen in der Polizeiausbildung nicht ausreichen. Ferner gehe der Bericht des Regierungsrates nicht auf Angebote für weitere Mitarbeitende der Strafverfolgungsbehörden ein, verweise lediglich auf eine Ausweitung des Seminarangebots und beziehe sich nicht auf konkrete, verpflichtende Schulungsmassnahmen. Die Kommissionsminderheit stellt keinen eigenen Antrag, befürwortet aber – wie der Regierungsrat – die Abschreibung des Postulats.

STGK-Präsident: Stefan Schmid (SVP, Niederglatt, 079 541 53 76)

KSSG: Postulat zur Einreihung der Pflegelöhne soll abgeschrieben werden

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat, das Postulat der Grünen, SP und Mitte betreffend «Bessere Löhne für die Pflege. Jetzt.» als erledigt abzuschreiben ([5791](#)). Eine Minderheit (Grüne und SP) beantragt, dies mit einer vom Regierungsrat abweichenden Stellungnahme zu tun. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, in der Kommission für Richtpositionsbewertung eine Höhereinstufung der Pflegenden im kantonalen Lohnsystem zu beantragen. Die kantonalen Spitäler beurteilen die bestehenden Richtpositionsketten jedoch als aktuell und sachgerecht. Die Weiterbildungen im Bereich Pflege sind laut Regierungsrat breit angelegt. Die Personalreglemente der Spitäler sind überarbeitet worden, was diesen einen grösseren Handlungsspielraum ermöglicht. Der Regierungsrat hat beschlossen, den kantonalen



Angestellten den vollen Teuerungsausgleich auszurichten. Verschiedene Spitäler – namentlich USZ, PUK, KSW, ipw und das Kinderspital – zogen daraufhin mit einem Teuerungsausgleich von zwischen 3 und 3,5 Prozent nach. Für die Minderheit reichen die Massnahmen der Regierung aber nicht. Sie weist unter anderem auf Massnahmen der Stadt Zürich hin, welche die Löhne von 70 Prozent ihrer Angestellten erhöht habe. Die Schlechterstellung der kantonalen Spitäler gegenüber den Stadtspitälern sei bedauerlich und die Gesundheitsversorgung im Kanton gefährdet.

KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

KEVU: Umfassenden Überblick über Nutzung des Strassenraums der Zukunft erhalten

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat betreffend «Zukünftige Verkehrsgestaltung mit innovativen Mobilitätsformen» als erledigt abzuschreiben ([5841](#)). Mit dem Postulat wurde die Regierung aufgefordert, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die Verkehrsgestaltung im Strassenraum aussehen wird, wenn selbstfahrende Fahrzeuge in grösserer Anzahl unterwegs sein werden. Die Antwort der Regierung bietet einen umfassenden Überblick unter Einbezug aller zurzeit verfügbaren Studien. Der Bund hält zudem in einem Strategiepapier fest, dass er bis 2040 Vorschläge zum Thema ausarbeiten will. Die Kommission begrüsst es, dass auch das kantonale Amt für Mobilität die wichtige Entwicklung aktiv verfolgt und möglichst mitgestaltet.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.